

Wie geht es weiter?

Hoffentlich nur Alpträume

Zum Glück kann ich nicht hellsehen. Zum Glück muss die Zukunft nicht so kommen, wie man sie befürchten kann. Wenn man sich aber versucht vorzustellen, wie es weiter gehen könnte, kann einem schlecht werden!

Nächste Woche werden einige hundert Milliarden Euro an Krediten ermöglicht, mit denen das Militär aufgerüstet werden soll. Für andersartige Friedenssichernde Maßnahmen, etwa Diplomatie, wird kein Euro eingeplant!

Dass das noch mit der alten Regierung der Ampel gemacht werden muss, weil im neuen Bundestag Rechte und Linke die notwendige Zweidrittel-Mehrheit verhindern könnten, zeigt, wie gefährdet die Demokratie bereits ist.

Nebenbei bemerkt ist es seltsam, dass die Christlichen, die für die Versäumnisse bei Militär und Infrastruktur vor Allem verantwortlich sind, diese Versäumnisse zu Lasten des Steuerzahlers und zukünftiger Generationen beheben wollen. Ob das gut geht, kann man auf Grund der Geschichte bezweifeln.

Kommt es zu einer Koalition aus Christlichen und SPD, dann ist die schon geschwächt. Einerseits, weil sie nur wenige Sitze Mehrheit hat, und andererseits, weil ihr Kanzlerkandidat bereits zwei mal umgefallen ist, also wenig Vertrauen verdient.

Kommt es nicht zu dieser Regierung werden CDU/CSU der SPD vorwerfen sie werde ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht gerecht, egal, ob der Grund für das Scheitern bei ihr liegt, oder bei den Christlichen.

Es besteht dann die Gefahr, dass der Kanzlerkandidat erneut umfällt und sich entweder mit den Rechten verbündet, oder sich zumindest von ihnen bei Abstimmungen unterstützen lässt, so wie schon bei den 551 Fragen seiner Partei zu Nichtregierungs-Organisationen (NGO), die zum Teil auf einer ganz ähnlichen Anfrage der Rechten von 2022 aufbauen.

Man muss daher befürchten, dass die Demokratie sehr bald noch mehr unter Druck gerät. Die Christlichen, die sich unter Angela Merkel noch als "Mitte" verstanden, sind bereits nach Rechts gerückt, ohne dadurch den Rechten Stimmen abnehmen zu können.

Käme es zu Neuwahlen, ist zu befürchten, dass die Rechten weitere Stimmen bekämen, weil „die etablierten Parteien ja gezeigt haben, dass sie nicht fähig sind das Land zu regieren“. Dann

könnte es bereits im Sommer oder Herbst zu einer rechten Bundesregierung kommen, die ganz schnell die demokratischen Werte und Errungenschaften schleift. Man sieht ja in den USA, wie schnell das gehen kann.

Da Deutschland, oder die Europäische Union keine Inseln der Seligen sind, die es sich unter dem militärischen Schutzschirm der USA gut gehen ließ, spielen weltweite Entwicklungen eine wichtige Rolle. Auf die USA kann man sich nicht mehr verlassen. China treibt die Übernahme von Taiwan voran und Putin träumt von einer wieder auferstandenen Sowjetunion samt deren früheren Gebieten. Es darf gerne auch etwas mehr sein. Deshalb versucht er Europa zu schwächen, sei es mit Propaganda, sei es mit Sabotage, sei es durch den Krieg gegen die Ukraine. Dabei hätte er wohl nichts dagegen auch weitere Teile Europas unter seine Kontrolle zu bringen. Russland verfolgte Jahrhunderte lang das Ziel eisfreie Häfen zu besitzen. Das könnte zu militärischen Angriffen auf Osteuropa führen, die auch Deutschland berühren, sei es als Nachschubbasis (geplante Kerosinpipeline quer durch's Land, auch durch Naturschutzgebiete), sei es als Aufmarschgebiet für die Verteidiger.

Was passiert, falls eine rechte, russlandfreundliche Bundesregierung aus der EU austritt und sich Russland zuwendet, ist schwer einzuschätzen. Es könnte sein, dass dann Russland Osteuropa ohne Waffengang übernehmen könnte.

Eine andere Entwicklung könnte sich aus dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl entwickeln, die zeigte, dass die Deutsche Einheit nach über 30 Jahren noch nicht gelungen ist. Was wäre wenn sich in Folge dessen Deutschland erneut in einen (rechtsextremen) Osten spaltet, und einen etwas weniger rechten Westen, der aber dennoch viele demokratische Werte abschafft?

Bei fast allen skizzierten Entwicklungen droht den Bürgern ein Verlust an Wohlstand und Sicherheit. Das könnte den Rechten weitere Stimmen liefern, auch, wenn sie keine brauchbaren Lösungen für die Probleme haben.

Dass in dieser Lage technische Hilfsmittel (Soziale Medien, KI) den Hang nach rechts noch verstärken, kommt hinzu. Wer sich dort zu informieren versucht, kann nie sicher sein, dass das Gezeigte auch stimmt. Gleichzeitig versagt die gewinnorientierte Presse, die zugleich versucht den Öffentlich Rechtlichen Medien das Leben schwer zu machen, weil sie deren Konkurrenz fürchtet. Ohne solide und umfassende Information kann der Bürger aber keine vernünftigen Entscheidungen treffen. Durch die so genannten "Sozialen Medien" hat der Begriff "selbst verschuldete Unmündigkeit" eine neue, bedenkliche Bedeutung bekommen.